



Brigitte Meier
Sozialreferentin

I.

Frau Stadträtin Gülseren Demirel,
Frau Stadträtin Jutta Koller,
Herr Stadtrat Dominik Krause,
Herr Stadtrat Dr. Florian Roth,
Herr Stadtrat Paul Bickelbacher,
Frau Stadträtin Lydia Dietrich,
Herr Stadtrat Herbert Danner,
Frau Stadträtin Katrin Habenschaden,
Frau Stadträtin Anna Hanusch,
Frau Stadträtin Sabine Krieger,
Herr Stadtrat Hep Monatzeder,
Frau Stadträtin Sabine Nallinger,
Herr Stadtrat Thomas Niederbühl,
Herr Stadtrat Oswald Utz

24.02.2016

Stadtratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN/RL

Rathaus

Flüchtlinge in Bayern: Niederbayern säuft ab, München schaut zu?

Schriftliche Anfrage gemäß § 68 GeschO
von:

Frau Stadträtin Gülseren Demirel,
Frau Stadträtin Jutta Koller,
Herr Stadtrat Dominik Krause,
Herr Stadtrat Dr. Florian Roth,
Herr Stadtrat Paul Bickelbacher,
Frau Stadträtin Lydia Dietrich,
Herr Stadtrat Herbert Danner,
Frau Stadträtin Katrin Habenschaden,
Frau Stadträtin Anna Hanusch,
Frau Stadträtin Sabine Krieger,
Herr Stadtrat Hep Monatzeder,
Frau Stadträtin Sabine Nallinger,
Herr Stadtrat Thomas Niederbühl,
Herr Stadtrat Oswald Utz
vom 28.10.2015, eingegangen am 28.10.2015

Az.: D-HA II/V1641-3-0252

Flüchtlinge in Bayern: Niederbayern säuft ab, München schaut zu?

Gz.: S-R-F/ÖA

Orleansplatz 11
81667 München
Telefon: 089 233-48640
Telefax: 089 233-48575

Sehr geehrte
Frau Stadträtin Gülseren Demirel,
Frau Stadträtin Jutta Koller,
Frau Stadträtin Lydia Dietrich,
Frau Stadträtin Katrin Habenschaden,
Frau Stadträtin Anna Hanusch,
Frau Stadträtin Sabine Krieger,
Frau Stadträtin Sabine Nallinger,
sehr geehrter
Herr Stadtrat Dominik Krause,
Herr Stadtrat Dr. Florian Roth,
Herr Stadtrat Paul Bickelbacher,
Herr Stadtrat Herbert Danner,
Herr Stadtrat Hep Monatzeder,
Herr Stadtrat Thomas Niederbühl,
Herr Stadtrat Oswald Utz,

in Ihrer Anfrage vom 28.10.15 führen Sie Folgendes aus:

„In Bayern kommen derzeit so viele Flüchtlinge an wie nie zuvor. Grenznahe Städte wie Lindau, Freilassing, Simbach oder Passau müssen auf ihre Notfallpläne zurückgreifen, um die Unterbringung der Flüchtlinge zu ermöglichen und werden mit der Bewältigung der Situation völlig allein gelassen. Passau z.B. hat erneut die Dreiländerhalle, eigentlich ein Kongresssaal, als Notunterkunft aktivieren müssen. Laut Medienberichten kamen am vergangenen Wochenende über 18.700 Flüchtlinge nach Bayern, 80% davon, also knapp 14.600, registrierte die Bundespolizei allein in Niederbayern.

In München sind derzeit 13.000 Flüchtlinge untergebracht. Gleichzeitig hat München mittlerweile viel Erfahrung mit der Bewältigung solcher Situationen gesammelt, hat ohnehin eine schon seit Jahren gewachsene gut funktionierende Infrastruktur zur Versorgung von Flüchtlingen und eine durch die Situation im Sommer mittlerweile ebenfalls professionalisierte Struktur zur Bewältigung auch größerer Flüchtlingszahlen.“

Zu Ihrer Anfrage vom 28.10.15 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:

Warum werden die grenznahen Landkreise und Städte mit der Bewältigung der aktuellen Flüchtlingssituation derart allein gelassen?

Antwort: Dies liegt nicht in der Entscheidung der Landeshauptstadt München, sondern in der Verantwortung des Bundes sowie des Freistaats Bayern und seiner staatlichen Mittelbehörden. Diese organisieren die Ersterfassung und die Verteilung.

Frage 2:

Gibt es eine bayernweite Unterstützungsstruktur für die Versorgung und Unterbringung von Flüchtlingen?

Antwort: Die Verteilung zwischen den aktuell vier Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern erfolgt

über das Verteilungssystem EASY und wird ergänzt durch den situativen Ausgleich zwischen den Regierungsbezirken (sog. Bayernausgleich). Im Anschluss an die Erstaufnahme werden die Flüchtlinge nach einem festen Schlüssel der Asyldurchführungsverordnung (§ 6 und § 7 DVAsyl) auf die Landkreise und kreisfreien Städte verteilt. Auch für München steigt die wöchentliche Zuweisung laufend. Derzeit bekommt die Landeshauptstadt München von der Regierung von Oberbayern wöchentlich 654 Asylbewerberinnen und -bewerber zur Unterbringung zugewiesen.

Für den regelmäßigen Austausch von Informationen tagen auf hoher und höchster Ebene Stäbe im Bayerischen Staatsministerium des Innern sowie im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales, Familie und Integration. Auch die Landeshauptstadt München ist hier vertreten.

Frage 3:

Hat München den grenznahen Städten und Landkreisen Unterstützung signalisiert?
Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Ende August 2015 hat die Landeshauptstadt München der Stadt Rosenheim auf Wunsch des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales, Familie und Integration 50 unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in der Erstankommenssituation abgenommen. Herr Oberbürgermeister Reiter hat mehrfach öffentlich eingefordert, dass Bundesländer und Kommunen ihren solidarischen Verpflichtungen nachkommen. Die Stadt München hat dies immer zuverlässig getan und tut dies auch weiterhin (vgl. auch Antwort zu Frage 2).

Frage 4:

Was gedenkt die Stadt München in Anbetracht der Lage an Bayerns Grenzen zu tun?

Antwort: Die Landeshauptstadt München nimmt 30 % aller Asylbewerberinnen und -bewerber im Regierungsbezirk Oberbayern auf. Die Landeshauptstadt München hat durchgängig an den zuständigen Bund appelliert, seiner gesamtnationalen Verantwortung gerecht zu werden. Die Organisation der Weiterverteilung hat zwischenzeitlich von dort eine erheblich verbesserte Strukturierung erfahren. Der Übertritt ist auf fünf Grenzübergänge verteilt und die Zugänge werden so gesteuert, dass möglichst eine unmittelbare Weiterleitung zur Zieldestination oder zu den bundesgeführten Wartezentren gewährleistet wird.

Mit freundlichen Grüßen

gez.
Brigitte Meier